



Stadt Köln

Die Oberbürgermeisterin

Geschäftsführung Ausschuss Kunst und Kultur

Herr Weis

Telefon: (0221) 221-23657

Fax: (0221) 221-24141

E-Mail: DEZVII-Session@STADT-KOELN.DE

Datum: 03.07.2023

Niederschrift

über die **15. Sitzung des Ausschusses Kunst und Kultur** in der Wahlperiode 2020/2025 am Dienstag, dem 31.01.2023, 15:38 Uhr bis 20:04 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theodor-Heuss-Saal, Raum-Nr. A 119

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Elfi Scho-Antwerpes	SPD
Herr Bürgermeister Dr. Ralph Elster	CDU
Frau Bürgermeisterin Brigitta Bülow	von Bündnis 90/Die Grünen
Frau Bärbel Hölzing	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Dr. David Lutz	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Martin Erkelenz	CDU
Frau Derya Karadag	Bündnis 90/Die Grünen Stellvertretung für Herrn Michalak
Frau Ira Sommer	CDU
Herr Thomas Welter	CDU
Frau Dr. Eva Bürgermeister	SPD
Frau Maria Helmig	SPD
Herr Jörg Kobel	Auf Vorschlag von DIE LINKE.
Herr Lorenz Deutsch	FDP
Herr Dominik Schneider	Auf Vorschlag von Volt

Beratende Mitglieder

Frau Nele Werrmann	Auf Vorschlag der AfD-Fraktion
Herr Thor-Geir Zimmermann	GUT Köln
Herr Dr. Philipp Budde	GRÜNE
Frau Maria Spering	auf Vorschlag der Grünen
Frau Karin Reinhardt	auf Vorschlag der CDU
Herr Udo Peter Stodden	Auf Vorschlag von CDU
Herr Janning Trumann	Auf Vorschlag von CDU

Herr Prof. Hans-Georg Bögner	auf Vorschlag der SPD
Herr Jérôme Lenzen	auf Vorschlag der SPD
Herr Prof. Klaus Schäfer	SPD
Herr Knut Lennart Scholz	Auf Vorschlag von LINKE
Herr Gerd Kaspar	FDP
Frau Sabine Hartmannshenn	Auf Vorschlag von Volt
Herr Walter Wortmann	Die FRAKTION
Frau Prof. Dr. Barbara Schock-Werner	auf Vorschlag der SPD
Herr Dr. Klaus Piehler	Kommission des Rautenstrauch-Joest-Museums
Herr Turan Özküçük	SPD Liste
Frau Regina Schlimkowski	

Stellvertretende beratende Mitglieder

Frau Antje Baumkemper	Auf Vorschlag von der Stadtarbeitsgemeinschaft Queerpolitik
-----------------------	---

Schriftführer

Herr Manuel Weis

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Mario Michalak	Bündnis 90/Die Grünen	Vertretung durch Frau Karadag
---------------------	-----------------------	-------------------------------

Beratende Mitglieder

Herr Heiko Rühl	Auf Vorschlag von GRÜNE
Frau Friederike van Duiven	auf Vorschlag der Grünen
Herr Peter Füssenich	
Herr Jürgen Keimer	
Frau Ute Palm	Auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Frau Joanna Stange	Auf Vorschlag von der Stadtarbeitsgemeinschaft Queerpolitik

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Luziano Gonzalez Tejon	Einzelbewerber
-----------------------------	----------------

Frau Uta Grimbach-Schmalfuß

Sozialverband Deutschland e.V. Bezirk Köln-Le-
verkusen-Erftkreis

Lilly Liebig

Seniorenvertretung der Stadt Köln

Die Vorsitzende, **Frau Scho-Antwerpes**, begrüßt die Ausschussmitglieder*innen, die Vertreter*innen der Verwaltung, die Presse sowie die Zuhörer*innen.

Die Vorsitzende, **Frau Scho-Antwerpes**, erklärt, dass für den Ausschuss Kunst und Kultur folgende Tischvorlagen vorliegen:

Beschlussvorlage(n):

TOP 4.6 Ergänzung von Konzeption und Geschäftsordnung der Jury des Holger Czukay Preises für Popmusik der Stadt Köln

Ich bitte zu beachten, dass die Ausschussvorlage in eine Ratsvorlage umgewandelt wurde.

Änderungsanträge:

TOP 4.4 Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis90/Die Grünen, CDU, Volt

TOP 5.1 Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis90/Die Grünen, CDU, Volt

Nicht öffentlich:

TOP 16.2 Abschluss eines Sponsoringvertrages mit RIMOWA GmbH als Innovationspartner des Museum Ludwig

Herr Deutsch und **Frau von Bülow** beantragen die Behandlung des TOP 9.2 „Sachstandsbericht zur Zentralbibliothek“. Obwohl es keinen aktuellen Sachstandsbericht gibt.

Der Ausschuss für Kunst und Kultur erklärt sich mit der folgenden, geänderten Tagesordnung einverstanden.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

Aktuelle Stunde: Otto-und-Langen-Quartier von zerstörerischem Vandalismus betroffen:

Kölner Kulturerbe in Gefahr!

AN/0197/2023

1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

2 Schwerpunktthemen

3 Schriftliche Anträge

3.1 Kulturgut für Köln erhalten – die vier historischen Rathausteppeiche retten!
AN/2105/2022

4 Allgemeine Vorlagen

- 4.1 Generalinstandsetzung Kindertagesstätte Berrischstraße 132-136 in Köln-Roggendorf/Thenhoven - Weiterplanungsbeschluss
0563/2022
- 4.2 Bestellung von Mitgliedern zur Jury des Holger Czukay Preises für Popmusik
0015/2023
- 4.3 Freigabe von Finanzmitteln aus der Verteilung der Kulturförderabgabe
2023/2024 „Strukturförderung (Fortsetzung) Jazzfestival“
4267/2022
- 4.4 Freigabe von Finanzmitteln aus dem polit. VN 2023/2024, Sparte Musik,
Strukturförderung freie Musik: Kleinstförderung und unterjährige Förderung
4276/2022
- Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis90/Die Grünen, CDU, Volt
AN/0230/2023
- 4.5 Bedarfsfeststellungsbeschluss Waidmarkt – Vergabe externer Fachbüros zur
Unterstützung der Teilprojekte und Fachdienststellen im Projekt Waidmarkt
4018/2022
- 4.6 Ergänzung von Konzeption und Geschäftsordnung der Jury des Holger Czu-
kay Preises für Popmusik der Stadt Köln
4353/2023
- 4.7 Bedarfsanerkennung für die Pilotierung der softwareunterstützten Formierung
Kölner Fragmente (SUFKF)
4194/2022
- 4.8 Mittelfreigabe Reallabor Westspitze
0034/2023
- 4.9 Zuschuss für den Rosenmontagszug und die Straßendekoration an die Ge-
meinnützige Gesellschaft des Kölner Karnevals mbH
0105/2023
- 4.10 Strukturförderfonds 2023/2024 - Förderprogramm für Zuwendungen aus dem
Strukturförderfonds des Kulturamtes zur Abmilderung der steigenden Perso-
nal- und Energiekosten in Folge des Ukraine-Krieges im Jahr 2023
0102/2023
- 4.11 Delmenhorster Straße 20, Mittel für den Umbau
4121/2022
- 4.12 Vergabe der Konzeptionsförderung in der Sparte Kulturelle Teilhabe, Haus-
haltsjahre 2023-2026
0054/2023

5 Sonderausstellungen

- 5.1 Verwendung der Mittel aus dem Sonderausstellungsetat 2023
4130/2022

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis90/Die Grünen, CDU und Volt
AN/0231/2023

6 Annahme von Schenkungen

- 6.1 Annahme der Schenkung „Sammlung Fotobücher von Hans Meyer-Veden“ an
die Kunst- und Museumsbibliothek der Stadt Köln
0070/2023

7 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

8 Mitteilungen der Verwaltung

- 8.1 Liste der Großbauprojekte
3165/2022

- 8.2 Energetische Ertüchtigung denkmalgeschützter Bauten
4222/2022

- 8.3 Sponsoringrichtlinie
3908/2022

- 8.4 Zwischenbilanzierung der Gesamtstrategie „Kölner Kinder stärken!“ zur Prä-
vention von Kinder-, Jugend- und Familienarmut und Ausblick auf die strategi-
sche Weiterentwicklung in 2023
0083/2023

- 8.5 Mitteilung der Verwaltung zur Stellungnahme des LVR zum Ehrenfelder Ku-
gelgasbehälter
0221/2023

- 8.6 Jahresübersicht der Stadtbibliothek Köln 2022/2023
4247/2022

- 8.7 Sachstand zum ehemaligen SA-Lager Am Hochkreuz
0226/2023

- 8.8 Aktueller Sachstand des Fachgespräches Haus Fühlingen
0289/2023

- 8.9 Geschäftsbericht 2020/2021 Kulturamt
0167/2023

9 Kulturbauten

- 9.1 Sachstandsbericht zum Projekt Jüdisches Museum im Archäologischen Quartier Köln (MiQua) - Stand 4. Januar 2023
0002/2023
- 9.2 Sachstandsbericht zur Zentralbibliothek
- 9.3 Sachstandsbericht zur Generalinstandsetzung des Römisch-Germanischen Museums (RGM)

Sachstand: Konzeption Römisch-Germanisches Museum

10 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

- 10.1 Beantwortung einer mündlichen Anfrage der Fraktion der SPD: Sachstand Simultanhalle
3626/2022
- 10.2 Beantwortung einer schriftlichen Anfrage der Fraktionen Bündnis90/Die Grünen, CDU, Volt: Diversität in den städtischen kulturellen Institutionen
0375/2023
- 10.3 Beantwortung einer mündliche Anfrage der Fraktion Bündnis90/Die Grünen: Optimierung der musealen Depots, Fortschreibung (AN/2738/2022)
0293/2023

11 Schriftliche Anfragen

- 11.1 Schriftliche Anfrage der Fraktion der SPD: Veräußerung historischer Gegenstände
AN/2196/2022
- Beantwortung einer schriftlichen Anfrage
4077/2022
- 11.2 Schriftliche Anfrage der Fraktionen Bündnis90/Die Grünen, CDU, VOLT: Mittelvergabe Kulturentwicklungsplanung (KEP)
AN/0173/2023
- 11.3 Schriftliche Anfrage der Fraktion der SPD: studiobühneköln
AN/0184/2023
- 11.4 Schriftliche Anfrage der Fraktion der CDU: Werbemaßnahmen für (Sonder-) Ausstellungen
AN/0198/2023

12 Mündliche Anfragen

- 12.1 Liste der Großbauprojekte - Beantwortung von Anregungen und Nachfragen aus den beteiligten Gremien
3165/2022/1
- 12.2 Mündliche Anfrage der Fraktion Bündnis90/Die Grünen: Ateliersituation & Atelierförderkonzept
- 12.3 Mündliche Anfrage der Fraktion der SPD: Art Factory
- 12.4 Mündliche Anfragen der Fraktion der CDU: Denkmalpflegeplan, Reparatur Marmorplatten, Historische Pumpe
- 12.5 Mündliche Anfrage der Fraktion Bündnis90/Die Grünen: Zamus

I. Öffentlicher Teil

Aktuelle Stunde: Otto-und-Langen-Quartier von zerstörerischem Vandalismus betroffen: Kölner Kulturerbe in Gefahr! AN/0197/2023

Die Antragsteller **Frau Helmis, Herr Deutsch** und **Herr Kobel** begründen die aktuelle Stunde: „Otto-und-Langen-Quartier von zerstörerischem Vandalismus betroffen: Kölner Kulturerbe in Gefahr!“ Die Stadt Köln hat sich entschieden, den Verwaltungsbau des Otto-Langen-Quartiers im Zuge des Vorkaufsrechts zu erwerben. Begründung war die Bedeutung des Areals für die Industrie- und Technikgeschichte und die daher motivierte Möglichkeit, eine gemeinwohlorientierte Entwicklung des Bereiches zu ermöglichen.

Aktuell zeigt sich eine beunruhigende Zunahme an Vandalismus. Dies konnte in privatem Eigentum durch die Zulassung einer kulturellen Nutzung durch Raum 13 über 10 Jahre hinweg verhindert werden.

Dass nun ausgerechnet im Eigentum der Stadt dieses kulturelle Erbe, wegen mangelhafter Fürsorge zu verfallen droht, sollte dringend verhindert werden.

Frau von Bülow schließt sich ihren Vorredner*innen an und begrüßt die aktuelle Stunde. Sie stellt klar, dass der Hauptausschuss und der Rat beschlossen haben, dass das Gelände gemeinwohlorientiert entwickelt werden soll. Folgende Fragen sollen von der Verwaltung beantwortet werden:

Werden die Ergebnisse des Zeit-Maßnahmen Planes, welcher im August zwischen Raum 13 und der Verwaltung beraten wurde, vorgestellt?

Herr Trumann und **Herr Schneider** schließen sich den Vorredner*innen an und begrüßen die aktuelle Stunde. Zudem bitten sie um einen aktuellen Sachstandsbericht. Beide wünschen sich einen fraktionsübergreifenden Beschluss bzgl. der weiteren Vorgehensweise „Otto und Langen Quartier/Raum 13“.

Herr Charles stellt klar, dass die Kulturverwaltung grundsätzlich den dringenden Handlungsbedarf in Bezug auf eine Klarstellung der Faktenlage für eine kurzfristige Öffnung der ehemaligen KHD Hauptverwaltung teilt. Unabhängig von der heutigen „Aktuellen Stunde“ hat das Kulturdezernat eine Task Force zur Klärung der weiteren Schritte initiiert. Diese umfasst neben dem Kulturraummanagement Vertreter*innen aus Dezernat VI und Dezernat VIII.

Ziel soll es sein, die notwendigen Voraussetzungen für eine Zwischennutzung zu eruieren sowie Interessensbekundungen unterschiedlicher Akteur*innen zu sichten und in den Prozess einzuspeisen. Die Ergebnisse/Zwischenstände der Task Force werden dem Ausschuss für Kunst und Kultur in Form einer Mitteilung vorgelegt.

Herr Kiefer stellt den Sachverhalt dar und hofft, dass für die Thematik ein größeres Verständnis erreicht wird. Herr Kiefer erläutert, die komplexe immobilienwirtschaftliche Situation vor Ort. Unter anderem verlaufen teilweise Grundstücksgrenzen durch das Gebäude. Allerdings besteht eine städtebauliche Chance insbesondere der gemeinwohlorientierten Erschließung des Geländes. Beim Otto- und Langen- Quartier muss ganzheitlich gedacht und NRW Urban bei der weiteren Planung berücksichtigt werden. Gegenwärtig besteht die Chance für eine Zwischennutzung Im Dezember 2022 haben, auf Wunsch der Politik, Gespräche mit „Raum13“ stattgefunden. Vorab wurde im März 2022 vereinbart, dass „Raum13“ einen Bauantrag einreicht, welcher bis dato der Verwaltung nicht vorliegt. Herr Kiefer erläutert weiter, dass im Sommer 2022 „Raum13“ ein Lagernutzungsvertrag angeboten wurde. Jedoch hat die Verwaltung diesbezüglich auch keine Rückmeldung erhalten.

Herr Kriege erklärt, dass die Themen Verkehrssicherheit und Brandschutz ordnungsgemäß geregelt werden müssen. Fakt ist, dass in der Immobilie kein aktueller Bestandsschutz, betreffend der Nutzung jeglicher Art von Veranstaltungen, gegeben ist. Ausnahmen wurden in Form von zeitlich begrenzten Sondernutzungsrechte erteilt. Herr Kriege begrüßt die Einrichtung einer Task-Force, um eine gemeinsame Lösung anzustreben.

Herr Zimmermann bittet um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Was ist der gravierende Unterschied zwischen Bürobestand vs. Veranstaltungsgebäude?
2. Ist es nicht möglich, Genehmigungen unter Auflagen zu erteilen?
3. Gab es von der Stadt Köln die Bestrebung, die Räumlichkeiten selbst zu ertüchtigen?

Herr Deutsch bittet um die Beantwortung der Frage.

Warum schafft die Stadt nicht die Voraussetzung für die zukünftige Nutzung?

Frau Helmis bittet um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie kann eine temporäre kulturelle Nutzung erreicht werden?
2. Wie ist der aktuelle bauliche Zustand des Gebäudes
3. Wie soll zukünftig mit Zwischennutzungskonzepten umgegangen werden?

Herr Kriege beantwortet die Anfragen bzgl. der bauordnungsrechtlichen Themen. Fakt ist, es wird maßgeblich unterschieden, ob das Gebäude für ein öffentliches Publikum zugänglich gemacht wird, oder als internes Verwaltungsgebäude genutzt wird. Bei einer Einzelveranstaltung können kurzfristig Sondergenehmigungen ausgesprochen werden. Allerdings nicht bei einer temporären, dauerhaften Zwischennutzung. Ziel ist eine Erarbeitung eines baurechtlichen Fundaments (Verkehrs- und Brandschutzsicherheit) um „Raum13“ für die Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Herr Kiefer bekräftigt, dass die Task Force mit Raum 13 gemeinsam eine Lösung für die Zwischennutzung erarbeiten soll. Das Ziel der Task Force ist, dass ein Bauantrag eingereicht, genehmigt und danach umgesetzt wird.

Herr Thele bestätigt, dass das Kulturraummanagement, mit der Implementierung der Task Force, die Vermittlerrolle zwischen allen Beteiligten Akteuren einnimmt um eine rasche zufriedenstellende Lösung für alle zu erzielen.

Herr Dr. Elster bittet den Antrag zu beschließen. Die Angelegenheit soll gemäß der Geschäftsordnung des Rates zur weiteren Bearbeitung in die Verwaltung überwiesen werden. Er bittet um regelmäßige Sachstandsberichte.

Frau von Bülow fasst zusammen und beauftragt die Verwaltung:

- Regelmäßige Sachstandsberichte
- Zusammenarbeit „Task Force“, damit die Zwischennutzung für alle Beteiligten zufriedenstellend ist.

Weiter stellt **Frau von Bülow** folgende Fragen an die Verwaltung:

- Wer stellt die finanziellen Mittel bereit?
- Wer muss jetzt final die Bauaufsichtsanträge (Stadt oder Träger) unterschreiben?
- Welche Rolle spielt die eingerichtete Task Force?
- Gibt es schon erste Konzepte, wie es nach der Zwischennutzung langfristig weitergehen soll?

Frau Helmis bedankt sich bei der Verwaltung für den detaillierten Sachstandsbericht. Sie fordert ein, dass eine Ortsbegehung ggfs. nur für die kulturpolitischen Sprecher*innen angeboten wird. Zudem möchte Frau Helmis wissen, wie der bauliche Zustand des Gebäudes ist?

Herr Kiefer erklärt, dass das Gebäude mit vertretbarem Aufwand wieder Instand zu setzen. Er unterstützt das Einrichten der Task Force und spricht sich dafür aus, dass vor Ort die Zwischenergebnisse präsentiert werden.

Beschluss:

Die Angelegenheit wird gemäß 5§ Abs. 10 b der Geschäftsordnung des Rates zur weiteren Bearbeitung in die Verwaltung überwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

2 Schwerpunktthemen

3 Schriftliche Anträge

**3.1 Kulturgut für Köln erhalten – die vier historischen Rathausteppiche retten!
AN/2105/2022**

Abstimmungsergebnis:

Der Antragsteller zieht den Antrag endgültig zurück.

4 Allgemeine Vorlagen

**4.1 Generalinstandsetzung Kindertagesstätte Berrischstraße 132-136 in Köln-Roggendorf/Thenhoven - Weiterplanungsbeschluss
0563/2022**

Frau Hölzing beantragt für die Fraktion Bündnis90/Die Grünen, dass die Vorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien verwiesen wird.

Der Ausschuss für Kunst und Kultur empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt, dass der belastete Gebäudeteil (denkmalgeschützter Altbau von 1864) der ehemaligen Grundschule Berrischstraße 134-136 in Köln-Roggendorf/Thenhoven abgerissen und durch einen Neubau an gleicher Stelle ersetzt wird.

Die Kindergartenplätze können weiterhin in der jetzigen Interimsunterbringung sichergestellt werden.

Die Kosten der notwendigen Planungen hierfür werden auf rund 0,6 Mio. Euro brutto geschätzt.

Die Kosten der bisherigen Sanierung der Kita und der erforderlichen Schadstoffuntersuchung betragen derzeit 6,8 Mio. Euro brutto.

Die Finanzierung erfolgt über den Wirtschaftsplan der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln.

Die Refinanzierung erfolgt nach Fertigstellung der Maßnahme über den Flächenverrechnungspreis (FVP) im Teilergebnisplan 0603 – Kindertagesbetreuung.

Alternative:

Der Rat der Stadt Köln beschließt, dass der belastete Gebäudeteil der ehemaligen Grundschule Berrischstraße 134-136 in Köln-Roggendorf/Thenhoven erhalten bleibt, indem mittels der bereits im Einsatz befindlichen Maßnahmen mit jährlichen Kosten in Höhe von rund 55.000 Euro brutto die Schadstoffbelastung weiter reduziert wird. Die Kindergartenplätze können weiterhin in der jetzigen Interimsunterbringung sichergestellt werden. Zu welchem Zeitpunkt die Maßnahmen zur Reduzierung der Schadstoffbelastung erfolgreich abgeschlossen werden können, kann zurzeit belastbar nicht gesagt werden.

Die Kosten der notwendigen Planungen hierfür werden auf rund 80.000 Euro brutto geschätzt.

Die Kosten der bisherigen Sanierung der Kita und der erforderlichen Schadstoffuntersuchung betragen derzeit 6,8 Mio. Euro brutto.

Die Finanzierung erfolgt über den Wirtschaftsplan der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln.

Die Refinanzierung erfolgt nach Fertigstellung der Maßnahme über den Flächenverrechnungspreis (FVP) im Teilergebnisplan 0603 – Kindertagesbetreuung.

Abstimmungsergebnis:

Der Ausschuss für Kunst und Kultur verweist die Vorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien.

**4.2 Bestellung von Mitgliedern zur Jury des Holger Czukay Preises für Popmusik
0015/2023**

Beschluss:

Der Ausschuss Kunst und Kultur bestellt laut Konzeption und Geschäftsordnung der Jury des Holger Czukay Preises für Popmusik der Stadt Köln die folgenden Personen für die Dauer der aktuellen Ratsperiode zu Jurymitgliedern:

Aydo Abay (Musiker und Veranstalter), Senta Best (Autorin und Texterin), Uh-Young Kim (WDR Cosmo), Elke Kuhlen (c/o pop) und Stefanie Schrank (Musikerin).

Kurzvorstellungen der Personen sind der Anlage 1 zu entnehmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**4.3 Freigabe von Finanzmitteln aus der Verteilung der Kulturförderabgabe
2023/2024 „Strukturförderung (Fortsetzung) Jazzfestival“
4267/2022**

Beschluss:

Der Ausschuss Kunst und Kultur beschließt die Freigabe der im Haushaltsplan 2023/2024 aus der Verteilung der Kulturförderabgabe zugesetzten Mittel „Strukturförderung (Fortsetzung) Jazzfestival“ in Höhe von jährlich 250.000 Euro in 2023 und 2024 auf Basis des Finanzausschussbeschlusses (AN/1728/2022) vom 30. September 2022 im Teilergebnisplan des Kulturamtes in der Produktgruppe 0416 – Kulturförderung, Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen. Die Mittel werden in den Jahren 2023 und 2024 im Rahmen einer Projektförderung an die Trägergesellschaft Jazzstadt UG für die Fortsetzung der „Cologne Jazzweek“ 2023 und 2024 bewilligt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4.4 Freigabe von Finanzmitteln aus dem polit. VN 2023/2024, Sparte Musik, Strukturförderung freie Musik: Kleinstförderung und unterjährige Förderung 4276/2022

Frau von Bülow stellt den Änderungsantrag der Bündnispartner Bündis90/Die Grünen, CDU und Volt vor. Ebenfalls fragt sie nach, warum nur ein Teil der finanziellen Mittel aus dem Haushalt verausgabt werden?

Herr Trumann stellt klar, dass die Vorgehensweise, der kleinteiligen Förderung der falsche Weg ist. Er bittet um die Etablierung des Musikförderkonzeptes. Lt. Verwaltung sollte ein Konzept bis Ende 2022 erarbeitet werden. Jedoch wurde der Politik bis dato keine konkreten Ergebnisse vorgestellt.

Er stellt die Frage an die Verwaltung, ob es nicht möglich ist, diese Mittel als Kulturamt selbständig zu verausgaben? Ist es notwendig, dass eine freie Interessenvertretung der freien Musik (IFM) eigenständig die Mittel an (eigene) Mitglieder vergibt?

Herr Wolff beantwortet die Fragen der Politik. Aufgrund der prekären Personalsituation im Kulturamt, wurden die Mittel nicht komplett verausgabt und das Musikförderkonzept zurückgestellt. Anschließend bezieht sich Herr Wolff auf den Änderungsantrag und erläutert die unterjährige Förderung (=fristungebundene Förderung). Ergänzend sollen die Förderkonzepte im Jahr 2023 überprüft und neu ausgerichtet werden.

Frau von Bülow hat kein Verständnis, dass das Musikförderkonzept zurückgestellt wird, da bei verschiedenen Zusammenkünften zwischen IFM; Politik und Verwaltung ein Konzept erarbeitet wurde. Dieses liegt der Verwaltung vor und muss nur noch angewandt werden.

Ebenfalls muss festgehalten werden, falls der IFM die Mittelverteilung durchführt, dass dies eine einmalige Vorgehensweise im Jahr 2023 sein muss. Zudem bittet Sie die Verwaltung um Beantworten folgender der Frage:

- Wie wird der IFM für den zusätzlichen Aufwand entschädigt?

Herr Charles erläutert, dass die personelle Besetzung im Kulturamt prekär ist. Es muss für das Jahr 2023 eine zeitliche begrenzte Übergangslösung geschaffen werden. Er erklärt, dass das Kulturamt intensiv geprüft habe, was für alle Beteiligten die beste Lösung darstellt.

Herr Deutsch fragt nach, da es sich hier um zugesetzte Gelder durch den politischen Veränderungsnachweis handelt, ob der IFM auch die Mittelverausgaben im letzten Jahr durchgeführt hat? Warum wird nicht der komplette Betrag in Höhe von 500.000 € nicht verausgabt?

Herr Wolff erklärt, dass es sich nicht nur um die Anzahl der Anträge handelt, also auch einen Mehraufwand, sondern um die Erhöhung der Fördersummen. Es gibt verwaltungstechnische Gründe (Honorargrenzen) für die Vorgehensweise.

Herr Dr. Elster vertritt die Meinung, dass ein Beschluss der Vorlage mit dem Änderungsantrag herbeigeführt werden muss. Im Nachgang begrüßt er ein Arbeitskreis zwischen der Verwaltung und Politik, wie zukünftig mit diesen Themen umgegangen werden soll.

I. Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis90/Die Grünen, CDU, Volt:

Beschluss:

1. Der Ausschuss Kunst und Kultur beschließt die Teilfreigabe der im Haushaltsplan 2023/2024 zugesetzten Mittel „Strukturförderung (Fortsetzung) Freie Musik“ und die Erhöhung der Fördergrenze auf 5.000 Euro.
2. Die Vergabe der unterjährigen Projekte soll weiterhin durch das Kulturamt erfolgen, die Vergabe der Kleinstförderung soll durch den IFM e.V. erfolgen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

II. Abstimmung über die so geänderte Vorlage:

Beschluss:

1. Der Ausschuss Kunst und Kultur beschließt die Teilfreigabe der im Haushaltsplan 2023/2024 zugesetzten Mittel „Strukturförderung (Fortsetzung) Freie Musik“ gemäß Finanzausschussbeschluss (AN/1726/2022) vom 30. September 2022 im Teilergebnisplan des Kulturamtes 0416 – Kulturförderung, Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen in Höhe von 250.000 Euro in 2023. Die Erhöhung der freien Projektmittel im Bereich Musik soll zur Stärkung der freien Musikszene im Jahr 2023 gemäß nachfolgender Aufteilung verwendet werden:

Förderzweck	Förderhöhe
Kleinstförderung und unterjährige Projektförderung	150.000 Euro
Aufstockung Projektmittel (fristgerechte Antragstellung)	100.000 Euro
Summe	250.000 Euro

2. Der Ausschuss Kunst und Kultur beschließt die Teilfreigabe der im Haushaltsplan 2023/2024 zugesetzten Mittel „Strukturförderung (Fortsetzung) Freie Musik“ und die Erhöhung der Fördergrenze auf 5.000 Euro.
3. Die Vergabe der unterjährigen Projekte soll weiterhin durch das Kulturamt erfolgen, die Vergabe der Kleinstförderung soll durch den IFM e.V. erfolgen.

Die Verwaltung wird mit der Umsetzung der Maßnahmen beauftragt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig geändert zugestimmt.

4.5 Bedarfsfeststellungsbeschluss Waidmarkt – Vergabe externer Fachbüros zur Unterstützung der Teilprojekte und Fachdienststellen im Projekt Waidmarkt 4018/2022

Herr Charles stellt in Kürze das Grundkonzept Waidmarkt aus kulturelle Sicht vor.

Herr Dr. Elster meldet für die CDU Fraktion Beratungsbedarf an. Die Ratsvorlage soll im nächsten Gremienlauf nochmals aufgerufen werden. Ebenfalls bittet er um eine schriftliche Beantwortung der Anfrage bzgl. der weiteren Kostenentwicklung.

Frau von Bülow bittet die Ratsvorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zu verweisen.

Der Ausschuss für Kunst und Kultur empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Beschluss:

Der Rat erkennt im Rahmen der städtebaulichen Entwicklung am Waidmarkt den Bedarf für die Beauftragung von Fachbüros

1. für die Projektleitung der Gesamtprojektverantwortung als sog. Project Management Office (PMO) in Höhe von 1.800.308 Euro,
2. für Kommunikationsleistungen in Höhe von insgesamt 245.140 Euro und
3. für die Projektsteuerung zur Errichtung eines Kulturortes und/ oder einer Gedenkstätte in Höhe von 532.400 €
4. Zusätzlich beschließt der Rat zur Finanzierung des Bedarfs unter Ziffer 3 die Verwendung und Freigabe der Mittel aus dem Renovierungsprogramm im Haushaltsjahr 2023 in Höhe von 59.150 Euro und im Haushaltsjahr 2024 in Höhe von 118.300 Euro im Teilergebnisplan des Referats für Museumsangelegenheiten in der Produktgruppe 0401, Museumsreferat, in der Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen.

(jeweils brutto) an und beauftragt die Verwaltung mit der Einleitung der Vergabeverfahren.

Abstimmungsergebnis:

Die Vorlage wird in die nächste Sitzung vertagt.

**4.6 Ergänzung von Konzeption und Geschäftsordnung der Jury des Holger Czukay Preises für Popmusik der Stadt Köln
4353/2023**

Beschluss:

Der Rat beschließt die Ergänzung der Konzeption des Holger Czukay Preises für Popmusik der Stadt Köln laut Anlage 1 und die Ergänzung der Geschäftsordnung der Jury des Holger Czukay Preises für Popmusik der Stadt Köln laut Anlage 2.

Zur Finanzierung der Preiskategorien im Haushalt 2023/2024 beschließt der Rat die Verwendung von Transferaufwendungen in Höhe von 7.500 Euro aus dem Teilergebnisplan des Kulturamtes in der Produktgruppe 0416 – Kulturförderung, Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen, Position „Sonstige Kunstinitiativen – Eigenveranstaltungen“, sowie die Verwendung von Sachaufwendungen in Höhe von 15.000 Euro aus demselben Teilergebnisplan, Teilplanzeile 13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4.7 Bedarfsanerkennung für die Pilotierung der softwareunterstützten Formierung Kölner Fragmente (SUFKF) 4194/2022

Herr Wortmann bittet um die Beantwortung folgender Fragen:

- Ist der Verwaltung bekannt, wie lange die durchschnittliche Dauer einer Einzelformatierung mit dem System ist?
- Wieviel Arbeitsplätze werden damit arbeiten?
- Ist der Nutzen dieser Maßnahme dem Zweck dienlich?

Frau Scho-Antwerpes bittet die Verwaltung die Fragen schriftlich zu beantworten.

Der Ausschuss für Kunst und Kultur empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Beschluss:

Der Digitalisierungsausschuss erkennt den Bedarf zur softwareunterstützten Formierung Kölner Fragmente an und stimmt der planmäßigen weiteren Vorgehensweise einer rd. 2-jährigen Pilotierungsphase zu.

Eine erste grobe Aufwandsschätzung für die rund 21monatige Pilotierungsphase beziffert die Kosten auf ca. 394.000 € (netto), also ca. 469.000 € (brutto).

Im Haushaltsplan 2023/2024 stehen in der Produktgruppe 0412 – Historisches Archiv, Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen Mittel ausreichender Höhe bereit.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4.8 Mittelfreigabe Reallabor Westspitze 0034/2023

Frau Helmis bittet die Verwaltung darum, dass zukünftig die einzelnen Posten für die Verwendung der Fördersumme konkreter und spezifischer aufgeführt werden.

Herr Thele versichert, dass detailliertere Informationen folgen werden.

Beschluss:

Der Ausschuss für Kunst und Kultur beschließt

- a) die Projektförderung an die stattInsel WESTSPITZE GmbH für die weitere Entwicklung des „Reallabor Westspitze“ auf dem den Areal des ehemaligen Güterbahnhof Ehrenfeld sowie für die Dokumentation der einzelnen Projektschritte als Blaupause für die freie Kulturszene im Umfang von bis zu 250.000 € im Haushaltsjahr 2023.
- b) die Mittelfreigabe in Höhe von 250.000 € im Haushaltsjahr 2023 im Teilergebnisplan des Kulturraummanagement in der Produktgruppe 0416-Kulturförderung, Teilplanzeile 15-Transferaufwendungen für die weitere Entwicklung des „Reallabor Westspitze“ auf dem Areal des ehemaligen Güterbahnhof Ehrenfeld.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4.9 Zuschuss für den Rosenmontagszug und die Straßendekoration an die Gemeinnützige Gesellschaft des Kölner Karnevals mbH 0105/2023

Beschluss:

1. Der Ausschuss für Kunst und Kultur beschließt die Verwendung der Mittel als Zuschuss für den Rosenmontagszug und die Aufstellung der Straßendekoration in Höhe von 153.425,00 € an die „Gemeinnützige Gesellschaft des Kölner Karnevals mbH“ zu.

Die Mittel sind im Teilergebnisplan des Kölnischen Stadtmuseums in der Produktgruppe 0408 – Kölnisches Stadtmuseum in Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen im Haushaltsjahr 2023 im Haushaltsplan 2023/2024 veranschlagt.

2. Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe des Zuschusses für den Rosenmontagszug und die Aufstellung der Straßendekoration in Höhe von 153.425,00 € an die „Gemeinnützige Gesellschaft des Kölner Karnevals mbH“ zu.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4.10 Strukturförderfonds 2023/2024 - Förderprogramm für Zuwendungen aus dem Strukturförderfonds des Kulturamtes zur Abmilderung der steigenden Personal- und Energiekosten in Folge des Ukraine-Krieges im Jahr 2023 0102/2023

Herr Zimmermann möchte wissen, ob die Zuschuss für den Rosenmontagszug und die Straßendekoration an die Gemeinnützige Gesellschaft des Kölner Karnevals mbH immer erfolgen.

Herr Kroh teilt dem Ausschuss für Kunst und Kultur mit, dass in der folgenden Ratssitzung eine detaillierte Auflistung der Zuschüsse im Rahmen einer Beantwortung einer Anfrage (0219/2023) behandelt wird.

Frau Hölzing weist darauf hin, dass jetzt auch Bundesstrukturmittel abgerufen werden können. Allerdings ergeben sich ein paar Fragen zu den Richtlinien des Förderprogrammes bezogen auf die Anlage 1 Punkt 3. Die Fraktion bittet darum, dass der erste und zweite Absatz gestrichen werden soll.

Frau Werrmann stellt die Frage, nach welchen Kriterien herangezogen werden sollen, welche Kosten nun spezielle durch den Ukraine Krieg entstanden sind?

Frau Helmig hat generelle die Frage, inwiefern es geprüft wurde, ob eine pauschale Zuwendung erfolgen kann? Sie befürchtet sowohl einen weiteren enormen bürokratischen Mehraufwand für die Kultur, als auch für die Mitarbeitenden im Kulturamt.

Herr Wolff weist darauf hin, dass diese Förderung über einen politischen Antrag eingebracht und beschlossen wurde. Die Strukturförderung von 5% der jeweils ursprünglichen Fördersumme soll ausbezahlt werden und die Abrechnung erfolgt im Nachgang über den Verwendungsnachweis.

Herr Kroh stellt klar, bei der Vorlage handelt es sich um eine dezernatsübergreifende Abstimmung unter Federführung der Kämmerin. Das Ziel der Verwaltung war ein einheitliches Förderkonzept für alle Bereiche (Kultur, Schule, Sport) aufzusetzen.

Herr Dr Budde fragt nochmals nach, wie realistisch es ist mit Pauschalen zu arbeiten?

Herr Wolff erklärt, dass die Strukturförderung von 5% (Obergrenze) der jeweils ursprünglichen Fördersumme ausbezahlt und kein Pauschalbetrag herangezogen werden soll.

Frau von Bülow betont abschließend, dass in der Anlage 1 Punkt Abs. 2 gestrichen wird. Zudem fragt sie nach, wann die Veröffentlichung und Bekanntgabe der Förderung seitens der Verwaltung geplant ist?

Beschluss:

1. Der Ausschuss Kunst und Kultur beschließt das „Förderprogramm für Zuwendungen aus dem Strukturförderfonds des Kulturamtes zur Abmilderung der steigenden Personal- und Energiekosten in Folge des Ukraine-Krieges im Jahr 2023“ und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung.
2. Die erforderlichen Mittel für das Haushaltsjahr 2023 werden im Teilergebnisplan des Kulturamtes in der Produktgruppe 0416-Kulturförderung in der Teilplanzeile 15-Transferaufwendungen in Höhe von 370.000 Euro zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

Der Beschlussvorlage wurde einstimmig zugestimmt, nachdem in der Anlage 1 Punkt 3, der 2 Absatz gestrichen wurde.

~~Voraussetzung hierbei ist, dass die Förderung vollumfänglich aus kommunalen Mitteln erfolgt. Beim Erhalt von drittmittelgeförderten Zuschüssen, bei der beispielsweise neben der kommunalen Zuwendung auch Fördermittel des Bundes oder des Landes weitergeleitet werden, besteht bezogen auf diese Zuschüsse keine Berechtigung zur Antragstellung.~~

**4.11 Delmenhorster Straße 20, Mittel für den Umbau
4121/2022**

Der Ausschuss für Kunst und Kultur empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt die Teilfreigabe investiver Auszahlungsermächtigungen in Höhe von 400.000 € im Haushaltsjahr 2023 im Teilfinanzplan des Kulturraummanagements in der Produktgruppe 0416-Kulturförderung, Finanzstelle 9075-0416-0-AZ04 aRAP Delmenhorster Straße, für die ersten Maßnahmen des nutzungsspezifischen Ausbaus der angemieteten Flächen in der Delmenhorster Str. 20. Die Gesamtkosten für die Umbaumaßnahme liegen nach aktuellem Kalkulationsstand bei rund 1,46 Mio. € zzgl. eines finanziellen Puffers von 10 % (insgesamt 1,61 Mio. € brutto).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**4.12 Vergabe der Konzeptionsförderung in der Sparte Kulturelle Teilhabe,
Haushaltsjahre 2023-2026
0054/2023**

Der Ausschuss für Kunst und Kultur empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Beschluss:

Der Rat beschließt im Teilergebnisplan des Kulturamtes in der Produktgruppe 0416 – Kulturförderung, Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen für den Zeitraum vom 01. Januar 2023 bis 31. Dezember 2026 nachfolgende Zuschüsse zur Konzeptionsförde-

rung (institutionelle Förderung) in Höhe von insgesamt 220.000 Euro im Jahr 2023 sowie 265.000 Euro im Jahr 2024 und jeweils 245.000 Euro in den Jahren 2025 und 2026 für folgende Kulturbetriebe zu gewährleisten:

	2023	2024	2025	2026
Sommerblut Kulturfestival e. V.	70.000 €	70.000 €	50.000 €	50.000 €
Raum 13 gGmbH	75.000 €	75.000 €	75.000 €	75.000 €
UN-Label Performing Arts e. V.	25.000 €	40.000 €	40.000 €	40.000 €
mittendrin e.V. Inklusionsdienstleister Kultur	25.000 €	40.000 €	40.000 €	40.000 €
Art Asyl e. V.	25.000 €	40.000 €	40.000 €	40.000 €
Gesamt	220.000 €	265.000 €	245.000 €	245.000 €

Des Weiteren beschließt der Rat

- die anderweitige Verwendung von Zuschussmitteln in Höhe von 75.000 Euro in 2023 bzw. 70.000 Euro in 2024 aus dem Teilergebnisplan des Kulturamtes in der Produktgruppe 0416 – Kulturförderung, Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen, hier aus Position „Förderung Interkulturelle Kunstprojekte“, für die o.g. institutionellen Förderungen
- die Freigabe der im Haushaltsplan 2023/2024 jeweils für 2023 und 2024 auf Basis des Finanzausschussbeschlusses (AN/1728/2022) vom 30. September 2022 im Teilergebnisplan des Kulturamtes in der Produktgruppe 0416 – Kulturförderung, Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen zugesetzten Mittel in Höhe von 20.000 Euro zum „Strukturerhalt Institutionen Freie Szene“, hier „Sommerblut“ als Bestandteil des „Fonds Festivals“.

Der Beschluss steht unter dem Vorbehalt des Vorliegens der haushaltsrechtlichen Bedingungen, da zum Zeitpunkt der Beschlussfassung noch keine Haushaltspläne für die Haushaltsjahre 2025 bis 2026 verabschiedet wurden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

5 Sonderausstellungen

5.1 Verwendung der Mittel aus dem Sonderausstellungsetat 2023 4130/2022

I. Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis90/Die Grünen, CDU, Volt.

Beschluss:

1. Der Ausschuss für Kunst und Kultur stimmt der Mittelverwendung für die Sonderausstellungen mit Ausnahme der vorgesehenen Mittel für das Kölnische Stadtmuseum (KSM) zu.
2. Zur Freigabe der Mittelverwendung für die Sonderausstellungen des KSM in Höhe von 115.000 Euro legt die Verwaltung eine separate Beschlussvorlage mit detaillierteren Informationen zu den vorgesehenen Sonderausstellungen im KSM

sowie des Sachstandes und der Verzahnung mit der Dauerausstellung im Haus Sauer vor.

3.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt, gegen die Stimmen der SPD und FDP.

II. Abstimmung über die so geänderte Vorlage:

Beschluss:

1. Der Ausschuss für Kunst und Kultur stimmt der Mittelverwendung für die Sonderausstellungen in Höhe von 317.500 Euro zu.
2. Der Ausschuss für Kunst und Kultur stimmt der Mittelverwendung für die Sonderausstellungen mit Ausnahme der vorgesehenen Mittel für das Kölnische Stadtmuseum (KSM) zu.
3. Zur Freigabe der Mittelverwendung für die Sonderausstellungen des KSM in Höhe von 115.000 Euro legt die Verwaltung eine separate Beschlussvorlage mit detaillierteren Informationen zu den vorgesehenen Sonderausstellungen im KSM sowie des Sachstandes und der Verzahnung mit der Dauerausstellung im Haus

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

6 Annahme von Schenkungen

6.1 Annahme der Schenkung „Sammlung Fotobücher von Hans Meyer-Veden“ an die Kunst- und Museumsbibliothek der Stadt Köln 0070/2023

Der Ausschuss für Kunst und Kultur empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Beschluss:

Der Rat nimmt die Schenkung der „Sammlung Fotobücher von Hans Meyer-Veden“ an die Kunst- und Museumsbibliothek der Stadt Köln an

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

7 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

8 Mitteilungen der Verwaltung

8.1 Liste der Großbauprojekte 3165/2022

Frau von Bülow bittet die Verwaltung um Beantwortung folgender Fragen:

Es geht um die Liste der Großbauprojekte:

1. Wie sieht es aus mit einer Zeit-Maßnahmen-Orte Übersicht aus seitens des Kulturdezernates?

2. Wie priorisiert die Verwaltung? Gibt es ein Bepunktungssystem?
3. Was ist mit Projekten, die noch nicht auf der Liste stehen, aber anstehen wie z. B. die Sanierung Philharmonie, Museum Ludwig?
4. Welche Projekte sind nicht zu erwarten?
5. Wie plant die Verwaltung den weiteren Umgang mit der Liste?
6. Wie sieht ein Umgang damit aus, dass Baumaßnahmen abgestimmt verzahnt und ggf. im Einklang miteinander laufen können - gerade, wenn es jeweils um die gleichen Orte geht?
7. Warum werden die Sanierungsprojekte MOK und Museum Ludwig in der Liste „Anlage 1“ nicht berücksichtigt?
8. Warum wird keine Übersicht zu allen einzelnen Kulturbaumaßnahmen von der Verwaltung erstellt?
9. Vor dem Hintergrund der steigenden Baukosten und der offenen Bauprojekte an den Kulturbauten der Stadt Köln:
 - Wie ist der aktuelle zeitliche Plan für das Museum Ludwig und die Philharmonie?
 - Wie sieht die Sanierungskostenschätzung genau für das Museum Ludwig und die Philharmonie aus?
 - Sind die Schäden an den Gebäuden hinderlich für den Betrieb der Institutionen, die sich darin befinden?
10. Mit dem Beschluss 0353/2018 wurde die Erstellung eines Nachnutzungskonzeptes für das Zeughaus sowie die Alte Wache beschlossen. Dabei wurde die Verwaltung unter anderem dazu beauftragt, eine „rentierliche Folgenutzung durch eine städtische Dienststelle“ bzw. „potenzielle Nutzer seitens Landschaftsverband Rheinland, des Landes, des Bundes oder einer renommierten Kultureinrichtung“ abzuklären. Vor diesem Hintergrund fragen wir die Verwaltung:
 - Wie ist der aktuelle Sachstand zum Nachnutzungskonzept Zeughaus + Alte Wache?
 - Wie ist die zeitliche Planung mit Blick auf die nächsten Schritte in diesem Vorhaben?

Herr Kroh geht auf die Fragen von Frau von Bülow ein und erklärt das zurzeit sich die sog. Kulturbaumaßnahmenliste in der finalen verwaltungsinternen Abstimmung befindet. Beteiligt sind hier die Dezernate Finanzen, Planen und Bauen sowie Kunst und Kultur. In dieser jährlich fortzuschreibenden Kulturbaumaßnahmenliste werden unter Hinweis auf die jeweilige politische Beschlusslage laufende und geplante bauliche Maßnahmen ab 1,5 Mio. Euro betr. städtische Kulturbauten abgebildet sein, aufgeschlüsselt in Mittelbedarfe, Mittelveranschlagung im Haushalt, Mittelabflussplanung und Projekt-sachstände. Mittelabflüsse aus dem sog. Renovierungsprogramm Museen inkl. Maßnahmenbeschreibung werden dem Ausschuss Kunst und Kultur regelmäßig vorab zur Beschlussfassung vorgelegt.

Bezüglich des Nachnutzungskonzept Zeughaus und Alte Wache werden derzeit gutachterlich Möglichkeiten einer temporären kulturellen Nutzung dieser Liegenschaften geprüft. Überlegungen zu langfristigen Nachnutzungsoptionen für Zeughaus/Alte Wache (Nachnutzungskonzept) sind nach wie vor nicht abgeschlossen. Der Ausschuss für Kunst und Kultur nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

8.2 Energetische Ertüchtigung denkmalgeschützter Bauten 4222/2022

Die Ausschussmitglieder*innen bitten um die Erweiterung der Beratungsfolge um folgende Ausschüsse:

- Bauausschuss

- Ausschuss Klima, Umwelt und Grün
- Der Ausschuss für Kunst und Kultur nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

8.3 Sponsoringrichtlinie 3908/2022

Der Ausschuss für Kunst und Kultur nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

8.4 Zwischenbilanzierung der Gesamtstrategie „Kölner Kinder stärken!“ zur Prävention von Kinder-, Jugend- und Familienarmut und Ausblick auf die strategische Weiterentwicklung in 2023 0083/2023

Der Ausschuss für Kunst und Kultur nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

8.5 Mitteilung der Verwaltung zur Stellungnahme des LVR zum Ehrenfelder Kugelgasbehälter 0221/2023

Der Ausschuss für Kunst und Kultur nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

8.6 Jahresübersicht der Stadtbibliothek Köln 2022/2023 4247/2022

Der Ausschuss für Kunst und Kultur nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

8.7 Sachstand zum ehemaligen SA-Lager Am Hochkreuz 0226/2023

Frau Helmis erklärt, dass es der Fraktion sehr wichtig ist, dass ein Erinnerungsort auf städtischen Boden geschaffen wird.

Herr Kobel teilt nicht die Auffassung von **Frau Helmis** und ist entsetzt, dass die Gebäude abgebrochen werden.

Frau Wermann bittet Herrn Dr. Borggräfe darum, dass im Rahmen der Einrichtung einer Gedenkstätte SA-Lager Am Hochkreuz sollte sowohl die Vorgeschichte 1927 bis 1933, als auch die Auswertung der Gerichtsakten untersucht werden, um die historischen Zusammenhänge zu wahren.

Herr Zimmermann bittet um die Beantwortung von zwei Fragen:

- Wie bezieht der Eigentümer des Grundstückes zur Einrichtung einer Gedenkstätte Stellung?
- Wo besteht die Problematik eine Gedenkstätte auf städtischen Boden zu errichten?

Frau von Bülow bedankt sich und unterstützt die proaktive Mitteilung vom NS-Dokumentationszentrum. Sie hat folgende Nachfrage, ob es möglich ist beim Straßenbau die Gedenkstätte direkt einzuplanen?

Herr Dr. Borggräfe geht auf die Fragen der Ausschussmitglieder*innen ein. Er stellt klar, dass der Beschluss und die Durchführung der Niederlegung vor seinem Amtsantritt zugestimmt wurden. Weiter verweist Herr Dr. Borggräfe auf die Vorlage 3082/2022,

welcher der BV Porz vorgelegt wurde. Ebenfalls ist ihm wichtig, dass schnell Klarheit geschaffen werden muss, wo die die Gedenkstätte eingerichtet werden kann.

Herr Dr. Borggräfe erklärt, dass alle weiteren offenen Fragen schriftlich beantwortet werden.

Frau Scho-Antwerpes bittet **Frau von Bülow** darum, die Sitzung stellvertretend zu übernehmen.

Der Ausschuss für Kunst und Kultur nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

8.8 Aktueller Sachstand des Fachgespräches Haus Fühlingen 0289/2023

Der Ausschuss für Kunst und Kultur nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

8.9 Geschäftsbericht 2020/2021 Kulturamt 0167/2023

Der Ausschuss für Kunst und Kultur nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

9 Kulturbauten

9.1 Sachstandsbericht zum Projekt Jüdisches Museum im Archäologischen Quartier Köln (MiQua) - Stand 4. Januar 2023 0002/2023

Frau Brans stellt den Sachstandsbericht zum Projekt Jüdisches Museum im Archäologischen Quartier vor. Positiv zu berichten ist, dass der neu beauftragte Stahlbauer nun seine Arbeit auf der Baustelle aufnimmt. Im Mai bzw. Juni soll den Ausschussmitgliedern eine aktualisierte Vorlage betreffend des Kosten- und Terminplans vorgelegt werden.

Herr Deutsch stellt dar, dass Baucontainer zwischen dem Spanischen Bau und dem Historischen Rathaus aufgestellt wurden, damit die Hochbauarbeiten durchgeführt werden können. Deshalb bittet er um die Beantwortung folgender mündlicher Anfrage:

1. Wann wird der öffentliche Platz zwischen Spanischen Bau und dem historischen Rathaus neugestaltet?

Frau Scho-Antwerpes übernimmt wieder die Leitung der Sitzung.

Der Ausschuss für Kunst und Kultur nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

9.2 Sachstandsbericht zur Zentralbibliothek

Frau von Bülow möchte wissen, warum den Mitglieder*innen kein aktualisierter Sachstandsbericht vorliegt. Sie bittet die Verwaltung um Aufklärung und bezieht sich auf die Berichtserstattung der Presse.

Frau Brans erklärt, der Sachstand wurde zurückgezogen, weil es keine neue Erkenntnis gibt.

Herr Deutsch, Frau Helmis und **Frau von Bülow** bitten um eine Gegendarstellung durch das Presseamt, dass es keinen neuen Sachstandsbericht gibt und die Generalanierung der Zentralbibliothek wie geplant weiter vorangetrieben wird.

Frau von Bülow fordert trotzdem die regelmäßigen Sachstandsberichte von der Verwaltung ein, auch wenn es keine Änderungen gibt.

Herr BG Charles wird nochmals mit dem Presseamt in Kontakt treten und erörtern, inwieweit eine Gegendarstellung der Verwaltung veröffentlicht werden kann.

9.3 Sachstandsbericht zur Generalinstandsetzung des Römisch-Germanischen Museums (RGM)

Sachstand: Konzeption Römisch-Germanisches Museum

Herr Dr. Trier stellt das zukünftige Konzeption Römisch-Germanisches Museum vor.

10 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

10.1 Beantwortung einer mündlichen Anfrage der Fraktion der SPD: Sachstand Simultanhalle 3626/2022

Der Ausschuss für Kunst und Kultur nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

10.2 Beantwortung einer schriftlichen Anfrage der Fraktionen Bündnis90/Die Grünen, CDU, Volt: Diversität in den städtischen kulturellen Institutionen 0375/2023

Die Ausschussmitglieder*innen bitten um die Erweiterung der Beratungsfolge um folgende Ausschüsse:

- Ausschuss für die Gleichstellung von Frauen und Männern
- Stadtarbeitsgemeinschaft Queerpolitik

Der Ausschuss für Kunst und Kultur nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

10.3 Beantwortung einer mündliche Anfrage der Fraktion Bündnis90/Die Grünen: Optimierung der musealen Depots, Fortschreibung (AN/2738/2022) 0293/2023

Die Ausschussmitglieder*innen bitten um die Erweiterung der Beratungsfolge um folgenden Ausschuss:

- Bauausschuss

Der Ausschuss für Kunst und Kultur nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

11 Schriftliche Anfragen

11.1 Schriftliche Anfrage der Fraktion der SPD: Veräußerung historischer Gegenstände AN/2196/2022

Beantwortung einer schriftlichen Anfrage 4077/2022

Der Ausschuss für Kunst und Kultur nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

11.2 Schriftliche Anfrage der Fraktionen Bündnis90/Die Grünen, CDU, VOLT: Mittelvergabe Kulturentwicklungsplanung (KEP) AN/0173/2023

Der Ausschuss für Kunst und Kultur nimmt die schriftliche Anfrage zur Kenntnis.

11.3 Schriftliche Anfrage der Fraktion der SPD: studiobühneköln AN/0184/2023

Der Ausschuss für Kunst und Kultur nimmt die schriftliche Anfrage zur Kenntnis.

11.4 Schriftliche Anfrage der Fraktion der CDU: Werbemaßnahmen für (Sonder-) Ausstellungen AN/0198/2023

Der Ausschuss für Kunst und Kultur nimmt die schriftliche Anfrage zur Kenntnis.

12 Mündliche Anfragen

12.1 Liste der Großbauprojekte - Beantwortung von Anregungen und Nachfragen aus den beteiligten Gremien 3165/2022/1

Der Ausschuss für Kunst und Kultur nimmt die schriftliche Anfrage zur Kenntnis.

12.2 Mündliche Anfrage der Fraktion Bündnis90/Die Grünen: Ateliersituation & Atelierförderkonzept

Frau von Bülow bittet um eine Beantwortung der mündlichen Anfrage: Ateliersituation & Atelierförderkonzepte.

Herr Thele beantwortet die Fragen von Frau von Bülow und geht im Einzelnen auf die Ateliersituation ein. Er betont, dass die Räumungsklagen nicht von der Stadtverwaltung veranlasst wurden, sondern von der Hausverwaltung der Immobilie „Quartier am Hafen“ um der vertraglichen Zusagen der Stadt nachzukommen.

Zum Atelierförderkonzept erklärt **Herr Thele**, dass gegenwärtig eine Aktualisierung vorgenommen und ggfs. in eine Atelierförderstrategie erweitert wird.

12.3 Mündliche Anfrage der Fraktion der SPD: Art Factory

Frau Helmig bittet um die Beantwortung der mündlichen Anfrage: **Sachstand Art Factory Köln**

Ist der Kulturverwaltung bekannt, dass wegen eines Ordnungsverfahrens gegen den Vermieter die Künstlergemeinschaft Art Factory vor dem Aus steht?

1. Welche Möglichkeiten sieht die Verwaltung eine vorläufige Weiternutzung der Ateliers bis zu einer rechtlichen Klärung sicherzustellen?
2. Welche Möglichkeiten bestehen zwischen der Kulturverwaltung und der Bauverwaltung den Standort dauerhaft zu erhalten?

Herr Thele erläutert, dass ein Termin mit der Art Factory, dem Bau- und Kulturdezernat stattgefunden hat. Es wird an einer gemeinschaftlichen Lösung gearbeitet. Es zeichnet sich ab, dass der Standort bestehen bleibt.

12.4 Mündliche Anfragen der Fraktion der CDU: Denkmalpflegeplan, Reparatur Marmorplatten, Historische Pumpe

Herr Stodden bittet um eine Beantwortung der folgenden mündlichen Anfragen:

1. Wann wird den Ausschussmitglieder*innen der Denkmalpflegeplan nach dem neuen Denkmalschutzgesetz vorgelegt?
2. Wann erfolgt die Umsetzung des Bauvorhabens: Reparatur der Marmorbodenplatten in der Eingangshalle des Spanischen Baus?
3. Wann wird die historische Wasserpumpe wieder auf dem Alter Markt installiert?

Herr Kroh beantwortet **Frage 3** von Herrn Stodden:

Nach dem Unfall und dem Umsturz wurden alle Bestandteile der Pumpe auf einem Wirtschaftshof der Stadt Köln eingelagert. Der Schaden wurde in einem gemeinsamen Termin mit der Versicherung des Verursachers aufgenommen, bis erfolgt eine Ausschreibung über die Wiederaufstellung und die notwendigen restauratorischen Arbeiten. Das vorliegende Angebot über diese Arbeiten wird allerdings von der generischen Versicherung abgelehnt. Das Rechtsamt der Stadt Köln ist eingeschaltet und wird den anstehenden Einigungsprozess begleiten. Erst im Anschluss kann die Beauftragung der Wiederherstellung erfolgen.

12.5 Mündliche Anfrage der Fraktion Bündnis90/Die Grünen: Zamus

Frau von Duiven bittet die Verwaltung um einen aktuellen Sachstandsbericht: **Zamus**

Die Verwaltung informierte die kulturpolitischen Sprecher per E-Mail am 25.01.2023 über den aktuellen Sachstand. Unter anderem wurde mitgeteilt, dass die Kosten- und Zuschusshöhen bis zur vollständigen Inbetriebnahme (aktueller Plan: 2027) abhängig von dem letztendlichen Mietpreis sind, jedoch auch von der aktuell noch nicht fixen Projekt- und Kostenplanung.

Diese Planungen können erst ab einer verbindlichen Einigung zum Mietvertrag neu erstellt werden. Der tatsächliche Zuschussbedarf bis zur Inbetriebnahme kann daher aktuell noch nicht belastbar bestimmt werden.

Aktuell prüft die Fa. Bauwens das Angebot zur Festmiete; ein Ergebnis ist für Anfang Februar avisiert.

Die Ausschussvorsitzende Frau Scho-Antwerpes schließt die öffentliche Sitzung.

gez. Elfi Scho-Antwerpes
(Vorsitzende)

gez. Manuel Weis
(Schriftführer)